



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Steigende Zinsen für Anschlussfinanzierungen privater Immobilienbesitzer – rechtzeitig gegensteuern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält eine hohe Wohneigentumsquote für einen wichtigen Lösungsansatz, um der bestehenden Wohnungsnot zu begegnen. Die Wohnungsbauprogramme des Bundes haben insoweit die erhoffte Entspannung des Wohnungsmarktes nicht erreichen können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass dieser in enger Abstimmung mit den Bundesländern Lösungsansätze entwickelt, um einer drohenden Blase auf dem Immobilienmarkt durch gestiegene Zinsen und den drohenden energetischen Sanierungszwang infolge der nationalen Umsetzung der EU-Gebäude-richtlinie (EPBD) der EU entgegenzuwirken.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben die niedrigen Zinsen für einen Anstieg der Eigenheimquote gesorgt. Verschiedene staatliche Förderungen haben diese Entwicklung begünstigt. So konnte in gewissem Maße der zunehmenden Wohnungsnot begegnet werden.

Das geänderte aktuelle Zinsniveau sorgt dafür, dass Anschlussfinanzierungen in vielen Fällen für die Betroffenen nicht mehr möglich sind. Dies stellt ein gesamtwirtschaftliches Risiko dar. Hier sind Hilfestellungen des Bundes notwendig.